

„Parolen – kein Ersatz für Abtreibung“

Der hessische Arzt Friedrich Andreas Stapf über die Folgen des Memminger §-218-Prozesses

Friedrich Andreas Stapf, 42, der sich in seiner Praxis im hessischen Landkreis Offenbach auf ambulante Schwangerschaftsabbrüche spezialisiert hat, ist Verfasser einer „Erklärung“, deren mehr als 170 Unterzeichner aus der Ärzteschaft sich zu legalen Abtreibungen bekennen. Die Ärztinnen und Ärzte werfen den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen vor, zu verhindern, daß in ihren Grenzen „nach Bundesrecht zulässige, qualifizierte ambulante Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch“ geschaffen werden – Folge: „Tausende von Frauen“ seien jährlich gezwungen, aus Bayern und Baden-Württemberg nach Hessen oder aus Niedersachsen nach Bremen zu fahren, um dort abtreiben zu lassen.

SPIEGEL: Herr Stapf, Sie haben sich auf Schwangerschaftsabbrüche spezialisiert. Warum?

STAPF: Eine Freundin von mir hat 1968 eine Abtreibung vornehmen lassen, bei einem alten Arzt, der das ohne Vollnarkose und ohne Lokalanästhesie wie ein Metzger gemacht hat, und da bin ich umgekippt. Dann habe ich mir gesagt: Das machst du mal anders und besser.

SPIEGEL: Empfinden Sie den Begriff „Abtreibungsarzt“ als Schimpfwort?

STAPF: Nein.

SPIEGEL: Radikale Abtreibungsgegner, etwa in der CSU, bezeichnen Ihresgleichen als „Mörder“ und „Embryonenkiller“.

STAPF: Ich fühle mich nicht als Mörder. Schwangerschaftsabbrüche wurden juristisch von jeher anders beurteilt als Mord oder Totschlag, sie gehören zum Leben wie das Kinderkriegen. Es gibt keine zwei Arten von Frauen – solche, die abtreiben, und andere, die Kinder gebären; es gibt nur Frauen, die schwanger werden und dann das ihrer Meinung nach jeweils Richtige tun.

SPIEGEL: Im bayrischen Memmingen steht der Frauenarzt Dr. Horst Theissen wegen unerlaubter Schwangerschaftsabbrüche vor Gericht. Ist Ihr Appell, der bereits von mehr als 170 Ärzten unterstützt wird, vor allem ein Akt kollegialen Beistands?

STAPF: Unsere Erklärung hat mehr mit den Folgen dieses schlimmen Prozesses zu tun. Theissen hat verantwortungsvoll gehandelt, er hat nur dann, wenn seiner ärztlichen Erkenntnis nach eine Notlage bestand, einen Abbruch gemacht. Man wirft ihm nun vor, er habe auch abgetrieben, wenn keine Notlage bestanden habe. Genau das aber können und dürfen Richter gar nicht beurteilen; entschieden werden muß laut Gesetz „nach ärztlicher Erkenntnis“. Allenfalls ein medizinischer Gutachter kann hin-

terher sagen, ob ein Arzt falsch gehandelt hat.

SPIEGEL: Welche Auswirkungen hat der Memminger Prozeß auf die Ärzteschaft?

STAPF: Das Memminger Verfahren schüchtert die süddeutschen Ärzte ein. Wegen dieses Verfahrens können viele Frauen kaum noch eine Indikation bekommen. Die Ärzte dort haben Angst vor der bayrischen und der baden-württembergischen Justiz. Viele sagen: Um Gottes willen, der Staatsanwalt in meiner Praxis – das will ich nicht.



Hessischer Abtreibungsarzt Stapf, Patientin
„Süddeutsche Ärzte haben Angst vor der Justiz“

SPIEGEL: Sie selber leben in Hessen und registrieren die Folgen des süddeutschen Anti-Abtreibungs-Kurses in Ihrer eigenen Praxis.

STAPF: Ja. Es gibt in Bayern nur noch wenige Ärzte, die Indikationen stellen oder gar eine Abtreibung riskieren. Viele Kollegen zittern, die rufen dauernd hier an, und sie sagen ihren Patientinnen: Geht mit meinem Beratungs- oder Indikationspapier gleich nach Hessen.

SPIEGEL: Für die Geschäfte hessischer Ärzte ist diese Entwicklung nicht eben abträglich.

STAPF: Was heißt Geschäfte? Natürlich verdient ein Arzt auch Geld mit einem Schwangerschaftsabbruch, das ist schließlich eine Operation. Aber es ist eine üble Unterstellung, wenn der Stuttgarter CDU-Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder behauptet, wir würden Frauen nicht von einer Abtreibung abra-

ten, weil wir finanzielle Interessen hätten.

SPIEGEL: Sie und Ihre Mitstreiter setzen sich dafür ein, daß Schwangerschaftsabbrüche wohnortnah vorgenommen werden können, auch in Süddeutschland.

STAPF: Ja. Wenn eine Frau beispielsweise erst vom Bodensee nach Hessen angereist ist, hat sich ihr Entschluß zum Abbruch schon zementiert. Ich sage vielen Frauen, überlegen Sie sich's noch mal, mit Ihrem Freund und mit allem Pro und Contra. Ich kann allerdings der von weither gereisten Frau nur schwer klar machen, daß sie wieder nach Hause fahren soll. Trotzdem schicke ich sie weg, wenn ich den Eindruck habe, daß sie sich noch nicht klar entschieden hat.

SPIEGEL: Was für Frauen kommen aus Süddeutschland in Ihre Praxis?

STAPF: Vor allem die Teenager-Schwangerschaften kommen fast immer aus Bayern und Baden-Württemberg, so was gibt's in Hessen gar nicht mehr, weil die Jugendlichen dort besser über Möglichkeiten der Empfängnisverhütung informiert sind. In Baden-Württemberg sollen die Lehrer im Unterricht ja nicht einmal über Verhütungsmittel

reden; das Kondom soll dort nur in Verbindung mit Aids-Prophylaxe erwähnt werden.

SPIEGEL: Unionspolitiker wollen die steigenden Abtreibungszahlen mit Medienkampagnen stoppen, für die zum Beispiel in Baden-Württemberg sechs Millionen Mark ausgegeben werden sollen. Sie selber behaupten, daß solche Kampagnen den betroffenen Frauen eher schaden als nützen.

STAPF: Ja, das sehe ich so. Die angesprochenen Frauen fragen sich: Bin ich schlecht, bin ich eine Mörderin, wenn ich schon vier Kinder habe, vierzig Jahre alt bin und kein Kind mehr will? Die Leute, die mit Aktionen gegen Abtreibung solche Frauen negativ abstempeln, tragen auch die Verantwortung für die psychischen Schäden, die dadurch entstehen.

SPIEGEL: Was sind die Motive der Frauen, die abtreiben lassen wollen?

STAPF: Frauen lassen nicht leichtfertig abtreiben, sondern schweren Herzens, weil sie keinen anderen Ausweg sehen. Mehr als vierzig Prozent dieser Frauen haben schon ein oder mehrere Kinder. Frauen, die ledig sind und schwanger werden, geben überwiegend an, daß der Erzeuger nicht dazu steht. Zunehmend sind schwere soziale Mißstände der Grund für den Schwangerschaftsabbruch. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß 20 bis 25 Prozent der Abbrüche wegen Geldmangels, Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot verlangt werden.

SPIEGEL: Ein Zahnarzt aus dem oberschwäbischen Ravensburg will Abhilfe schaffen, indem er ein privates Heim für alleinerziehende Mütter baut, in Baden-Württemberg gibt es eine Versorgungsstiftung „Mutter und Kind“. Können solche Einrichtungen nicht dazu beitragen, die Abtreibungsziffern zu senken?

STAPF: Solche Einrichtungen schon, aber mit Sicherheit nicht diese Plakate, die jetzt in Baden-Württemberg geklebt werden und den Schutz des ungeborenen Lebens propagieren sollen. Durchhalteparolen sind bei erwiesener Notlage und Indikation kein Ersatz für eine Abtreibung.

SPIEGEL: Herr Stapf, haben Sie selber Kinder?

STAPF: Ja, eines, und das zweite kommt im Mai.

SPIEGEL: Würden Sie Ihrer Frau zu einer Abtreibung raten, wenn gewichtige Gründe dafür sprechen?

STAPF: Wenn meine Frau einen Schwangerschaftsabbruch haben wollte und ich dem zustimmen würde, dann müßte ein anderer Arzt die Indikation stellen. Wir würden es uns dann sicher lange überlegen, und wenn es erforderlich wäre, würde ich den Eingriff selber durchführen.

Gegendarstellung

In dem Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“, Ausgabe Nr. 2, 43. Jahrgang, vom 9.1.1989, ist auf Seite 26 ff. ein Bericht unter der Rubrik Terrorismus mit der Überschrift: „Heiße Kiste“ abgedruckt, der auf S. 27 eine unrichtige Behauptung enthält, die ich wie folgt richtigstelle:

Unwahr ist die Behauptung, in der Wohnung des Frankfurter Autohändlers Kadorah hätten die Ermittler eine Zange sichergestellt, mit der zweifelsfrei Bleche für Bomben zugeschnitten worden seien.

Wahr ist, daß in meiner Wohnung keine Zange sichergestellt wurde, mit der zweifelsfrei Bleche für Bomben zurechtgeschnitten wurden.

Frankfurt am Main, den 17. 1. 1989
Martin Kadorah



WHEN PERSONALITY BECOMES STYLE

Carlo Colucci®